



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 3 1 - 0 0 1 4  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Zusätzliche Kräfte für die Stadtpolizei und die Geschäftsstelle des Präventionsrates

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent

Dr. Franz

Bürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: - 1.601.708,69 €  
 in %: - 7,4 %

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2017	Personalkosten	54.700	54.700		1300024	630098	PK Stadtpolizei 3 vorhandene Stellen
	x	2017	Arbeitsplatzkosten	5.470	5.470		1300024	606300	PK Stadtpolizei 3 vorhandene Stellen
	X	2017	Personalkosten	656.400	656.400		1300024	630098	PK Stadtpolizei zusätzliche 36 VZÄ
	X	2017	Arbeitsplatzkosten	65.640	65.640		1300024	606300	SK Stadtpolizei zusätzliche 36 VZÄ
	X	2017	Personalkosten	71.830	71.550		1100022	630098	PK Präventionsrat
	X	2017	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100022	606300	SK Präventionsrat
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>863.740</b>	<b>863.740</b>				

	x	2017	Personalkosten	164.100	164.100		1300024	630098	PK Stadtpolizei 3 vorhandene Stellen
	x	2017	Arbeitsplatzkosten	16.410	16.410		1300024	606300	PK Stadtpolizei 3 vorhandene Stellen
	X	2018 ff	Personalkosten	1.969.200	1.969.200		1300024	630098	PK Stadtpolizei zusätzliche 36 VZÄ
	X	2018 ff	Arbeitsplatzkosten	196.920	196.920		1300024	606300	SK Stadtpolizei zusätzliche 36 VZÄ
	X	2018 ff	Personalkosten	215.480	215.480		1100022	630098	PK Präventionsrat
	X	2018 ff	Arbeitsplatzkosten	29.100	29.100		1100022	606300	SK Präventionsrat
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>2.591.210</b>	<b>2.591.210</b>				

#### Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

36 VZÄ Stadtpolizei

36 x E8 1.969.200 €

3 VZÄ Präventionsrat

1 x E13 89.690 €

1 x E10 71.090 €

1 x E8 54.700 €

**215.480 €**

zzgl. Arbeitsplatzkosten; 2017 Anteilig ab Oktober

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)  
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Sowohl die jüngsten terroristischen Anschläge im benachbarten Ausland als auch der Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin am 19. Dezember 2016 haben gezeigt, dass sich sowohl die Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden als auch Veranstalter auf neue Gefahrenquellen mit terroristischem Hintergrund einstellen müssen.

Die Kooperationspartner der Landeshauptstadt Wiesbaden haben sich in ihrem Kooperationspapier darauf verständigt, dass die Präsenz der Stadtpolizei durch verstärkte Streifenfälligkeit erhöht werden soll; die Schichtstärke der Stadtpolizei soll von derzeit sechs auf künftig zwölf Kräfte verdoppelt werden.

Um die Präventionsarbeit professionell zu strukturieren und zu koordinieren, soll darüber hinaus eine Geschäftsstelle für den Präventionsrat mit drei Beschäftigten aufgebaut werden.

### Anlagen:

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 sich die Kooperationspartner der Landeshauptstadt Wiesbaden in ihrem Kooperationspapier darauf verständigt haben, aufgrund der aktuellen Sicherheitslage die Präsenz der Stadtpolizei zu erhöhen. Zur Stärkung des Sicherheitsempfindens der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger soll die Schichtstärke der Stadtpolizei von derzeit sechs auf künftig zwölf Kräfte verdoppelt werden, was die Einstellung von 36 zusätzlichen Ordnungspolizeibeamten erfordert.
- 1.2 sich die Kooperationspartner der Landeshauptstadt Wiesbaden in ihrem Kooperationspapier ferner darauf verständigt haben, für den Präventionsrat eine Geschäftsstelle aufzubauen, wofür drei zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 Dez. II/ 31 für den Bereich Stadtpolizei zusätzliche Stellen für 36 VZÄ (Stellenwert E8) schnellstmöglich bereitgestellt und besetzt werden. Die Stellen werden zum Stellenplan 2018/ 2019 angemeldet. Die Stellenbesetzung erfolgt vorab der Genehmigung des Stellenplans.
- 2.2 Dez. II/ 31 für den Aufbau einer Geschäftsstelle für den Präventionsrat zusätzliche Stellen für drei VZÄ (Stellenwerte je 1 x E11, E10 und E8) schnellstmöglich bereitgestellt und besetzt werden. Die Stellen werden zum Stellenplan 2018/ 2019 angemeldet. Die Stellenbesetzung erfolgt vorab der Genehmigung des Stellenplans.
- 2.3 die im Stellenplan vorhanden - aber derzeit unbesetzten - Stellen 19029, 19062 und 19068 (Stellenwert E8) bei Dez. II/ 31 umgehend zur Besetzung freigegeben werden.
- 2.4 das erforderliche Personal- und Sachkostenbudget Dez. II/ 31 anteilig für das Jahr 2017 üpl. und ab dem Jahr 2018 dauerhaft zugesetzt wird.
- 2.5 eine Entscheidung über die dauerhafte Zusetzung der Personal- und Sachkosten ab 2018 ff. ist in den Haushaltsplanberatungen durch die Gremien zu treffen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

#### **Zusätzliche Kräfte für die Stadtpolizei**

##### **I. Regulärer Aufgabenbereich**

Derzeit verfügt der Außendienst der Stadtpolizei über 40 VZÄ. Diese arbeiten 365 Tage im Jahr, sieben Tage die Woche, mit jeweils Zwölf-Stunden-Schichten.

Aufgrund des Schichtsystems ergibt sich grundsätzlich eine Personalstärke von durchschnittlich acht VZÄ je Schicht. Hier sind jedoch noch Urlaub und Krankheit abzuziehen. Somit bleibt derzeit eine reguläre Schichtstärke von sechs Personen, für den immer größer werdenden Bereich der Gefahrenabwehr im gesamten Stadtgebiet.

Unabhängig von den gesteigerten Anforderungen an das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, müssen täglich folgende Aufgaben erledigt werden:

- Grünanlagen - Kontrollen zur Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung, ob die Grünanlagen gemäß ihrer Bestimmung genutzt werden. Hierunter fällt z. B. das Thema „Wildgrillen“ oder Fahrradfahren.
- Schulhofkontrollen - Die Stadtpolizei kontrolliert in jeder Nachtschicht die Schulhöfe der städtischen Schulen. Hierbei werden die Schulen in regelmäßigen Abständen angefahren und geprüft, ob sich unbefugte Personen dort aufhalten, Sachbeschädigungen begangen werden, usw. Derzeit werden im Auftrag des Schulamtes 40 Schulen kontrolliert. Aus Sicht des Schulamtes müssten alle 76 städtischen Schulen regelmäßig kontrolliert werden.
- Spielplatzkontrollen - Überwachung der im Stadtgebiet verteilten über 150 Spielplätze bezüglich Vandalismus und illegaler Nutzung.
- Sichere Innenstadt - Durch regelmäßige Streifen in der Innenstadt in den Nachtstunden am Wochenende zeigt die Stadtpolizei gemeinsam mit der Landespolizei erhöhte Präsenz. Hierdurch soll einerseits das subjektive Sicherheitsempfinden gestärkt und andererseits soll auch Konflikten (z. B. zwischen alkoholisierten Personen/ Gruppen) vorgebeugt werden. Diese Präventivstreifen sollen künftig rund um die Uhr stattfinden.
- Kulturpark - Durch erhöhte Präsenz auf dem Gelände soll das Sicherheitsgefühl gestärkt und potentiellen Konflikten vorgebeugt werden.
- „Trinkerszene“ - Kontrolle der Alkoholverbotszone am Quartiersplatz, aber auch Kontrolle der weiteren städtischen Treffpunkte.
- Hundekontrollen - Kontrolle, ob die Vorgaben der Hundeverordnung und der Gefahrenabwehrverordnung eingehalten werden. Insbesondere Leinenpflicht, Kontrolle der Steuermarke und Nichtentfernen von Hundekot.
- Aktion Westend - Prävention durch erhöhte Präsenzstreifen.
- Fahrradstreife - Die Fahrradstaffel der Stadtpolizei bestreift mittels E-Bikes insbesondere die Rheinschiene. Hier werden alle gefahrenabwehrrechtlichen Probleme geprüft, insbesondere Hunde und Schutz der Grünanlagen. Aber auch Fahrradfahrer werden kontrolliert.
- Kontrolle von Bushaltestellen - insbesondere am Wochenende (Nightliner 24:00 - 2:00 Uhr)
- Taxikontrollen - intensivere Kontrollen der Taxihalteplätze insbesondere Überwachung der bestehenden Rechtsvorschriften, dadurch Erhöhung der Sicherheit der Fahrgäste.
- SVWW - Begleitung im Rahmen der „Rot-Spiele“

Hinzu kommen weitere Einzelaufträge, welche per Mail oder telefonisch bei der Leitstelle eingehen.

Es wird schon hier deutlich, dass dies mit nur sechs Personen je Schicht nicht zu leisten ist und nur punktuelle Kontrollen möglich sind. Präventive Aufgaben und Konzepte sind unter diesen Gesichtspunkten kaum möglich.

## II. Aktuelle Sicherheitslage

Neben den aufgeführten Aufgaben der Gefahrenabwehr, kommen noch zahlreiche Sonderdienste aufgrund der aktuellen Sicherheitslage und der Aufgabenverschiebung zu den Gefahrenabwehrbehörden hinzu.

Dies ist größtenteils mit den vielen Veranstaltungen in Wiesbaden zu begründen. Beispielhaft seien hier Weinfest, Sternschnuppenmarkt, Wilhelmstraßenfest, Silvester und Fasching genannt. Weiterhin sind die Anforderungen an die Sicherheit bei Großveranstaltungen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Das Thema Sicherheit ist mittlerweile von zentraler Bedeutung und auch von großem öffentlichem Interesse. Nach den terroristischen Anschlägen in Deutschland, sowie im benachbarten Ausland, erwartet die Bevölkerung, dass die zuständigen Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden bestmöglich zusammenarbeiten und alle vertretbaren Maßnahmen durchführen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang hat das Ordnungsamt mit einem erheblichen Aufwand dazu beigetragen, dass z. B. sowohl der Sternschnuppenmarkt als auch die Silvesterfeierlichkeiten 2016 im öffentlichen Raum ohne besondere Störungen durchgeführt werden konnten.

### Beispiel Sternschnuppenmarkt:

An jedem Veranstaltungstag wurden während den Öffnungszeiten von 10:30 Uhr bis 21:00 Uhr bzw. 21:30 Uhr am Wochenende, durchgehend sechs Kräfte der Stadtpolizei ausschließlich für die Bestreifung des Sternschnuppenmarktes eingesetzt. Dadurch hat die Stadtpolizei insgesamt mehr als 2.000 Arbeitsstunden auf dem Sternschnuppenmarkt geleistet.

### Beispiel Silvester:

Es wurde ein gemeinsames Sicherheitskonzept erstellt, welches eine Vielzahl von Maßnahmen beinhaltet. Dazu gehören von Seiten des Ordnungsamtes:

- Aufstockung der Einsatzkräfte der Stadtpolizei auf 13 Ordnungspolizeibeamte im Dienst;
- Einrichtung einer Sicherheitszone für den Kaiser-Friedrich-Platz, sowie für den Raum, der von der Wilhelmstraße, den Kurhauskolonaden, dem Kurhaus und dem Hessischen Staatstheater eingeschlossen wird;
- zusätzlicher Einsatz von 15 Personen eines privaten Sicherheitsdienstes im Auftrag des Ordnungsamtes für die Sicherheitszone. Hierfür entstanden dem Ordnungsamt Kosten in Höhe von 5.000 Euro;
- Erlass einer Allgemeinverfügung, wonach in der Sicherheitszone das Mitführen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern sowie das Mitführen von Tragebehältnissen, insbesondere Rucksäcken, Taschen, Beutel, Tüten mit einem Fassungsvermögen von mehr als drei Litern verboten ist;
- Durchführung von Kontrollen an den Zugangsstellen zur Sicherheitszone durch Stadtpolizei, privaten Sicherheitsdienst und Landespolizei;
- an allen Zugangsstellen wurden insgesamt sieben mit Wasser befüllte Tonnen aufgestellt, um bei Bedarf unzulässiges Feuerwerk vernichten zu können;
- beleuchtete, deutlich erkennbare Anlaufstellen von Stadt- und Landespolizei wurden im Bereich der Wilhelmstraße für Rat suchende Bürgerinnen und Bürger eingerichtet;
- entsprechend der Sicherheitskonzeption wie auch beim Sternschnuppenmarkt wurden insgesamt fünf LKW als mobile Sperren an den Zufahrtsstellen aufgestellt, um ein Einfahren mit Fahrzeugen in die Menschenmenge zu verhindern.

Insgesamt muss jedoch festgehalten werden, dass das eingesetzte Personal mit 13 Einsatzkräften zukünftig nicht ausreichend für diese Veranstaltung ist. Außerdem ist es auch erforderlich, die Kräfte in regelmäßigen Abständen abzulösen.

Der verstärkte Personaleinsatz u. a. beim Sternschnuppenmarkt und an Silvester hat dazu geführt, dass andere Aufgaben in dieser Zeit nicht durchgeführt werden konnten, was entsprechende Beschwerden nach sich gezogen hat.

Für die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist es unerlässlich, dass nicht nur anlassbezogen auf Ereignisse oder bei Festen reagiert wird. Vielmehr muss erklärtes Ziel sein, frühzeitig und präventiv zu agieren.

Die Einstellung von 36 zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist daher zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dringend geboten.

### **Geschäftsstelle des Präventionsrates der Landeshauptstadt Wiesbaden**

Für den Präventionsrat soll eine Geschäftsstelle mit drei Beschäftigten aufgebaut werden, um die Präventionsarbeit professionell zu strukturieren und zu koordinieren.

Ziel soll unter anderem eine Verbesserung der Strukturen der Geschäftsstelle des Präventionsrates und daran anschließend eine Neustrukturierung des Gremiums sein.

Die Öffentlichkeitsarbeit dieses Gremiums muss zudem intensiviert werden. Die gemeinsamen Aktionen der Mitglieder des Präventionsrates sollen dabei über die Geschäftsstelle professionell vor- und nachbereitet werden.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

*(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)*

**V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Ohne die zusätzlichen Kräfte kann eine Schichtstärke mit 12 Personen nicht umgesetzt werden.

Ohne die zusätzlichen Stellen im Bereich der Präventionsarbeit, kann die Geschäftsstelle mit drei Mitarbeitenden nicht aufgebaut werden.

Wiesbaden, 30. August 2017

Dr. Franz  
Bürgermeister